

Chronik des Tages.

Das Befinden des Reichspräsidenten Ebert ist weiterhin zufriedenstellend, doch muß der Patient noch längere Zeit in der Klinik verbleiben.
Das Reichskabinett hielt eine Sitzung ab, in der laufende Angelegenheiten besprochen wurden.
Die nunmehr feststehend, werden außer Dr. Stresemann auch Chamberlain, Briand und Vandervelde an der Genfer Märztagung teilnehmen.
Reichsverkehrsminister Dr. Koch feiert am heutigen Donnerstag seinen 50. Geburtstag.
Die beiden Bergwerkskatastrophen in England haben annähernd 70 Todesopfer erfordert.

Vor der Genfer Ratstagung.

Am kommenden Montag tritt der Völkerbundsrat in Genf zu seiner 44. Sitzung zusammen, die zum ersten Male unter deutschem Vorsitz stattfinden wird und ungefähr acht Tage dauern soll. Gut unterrichtete Kreise sagen einen ruhigen Verlauf der Beratungen voraus. Für Deutschland ist die gegenwärtige Tagung von größerer Bedeutung als für die übrigen Länder, da auf der Tagesordnung zwei Fragen stehen, an deren Lösung Deutschland erheblich interessiert ist: Saarproblem und Ostoberösterreich.

Bei der Saarfrage handelt es sich einmal um die Neuernennung der Saarkommission, zum andern um die Zurücknahme der französischen Besatzungstruppen aus dem Saargebiet. Der Rücktritt des von der Saarbevölkerung geachteten bisherigen Präsidenten der Saarkommission, Stephens, der auf seine Wiederwahl verzichtet hat, sollte dem Völkerbund Veranlassung geben, den Vorsitz in der Kommission einem Deutschen zu übertragen. Zunächst war das auch beabsichtigt. Als Nachfolger Stephens wurde der deutsche Vertreter der Kommission, Kossmann, viel genannt. Jetzt scheint es jedoch, als ob im Auslande Kräfte am Werke sind, um diese Kandidatur zu hinterreiben! Die deutsche Delegation wird sich davon nicht beeinflussen lassen und nachdrücklich für einen deutschen Präsidenten der Saarkommission eintreten. Sollte das scheitern, bleibt als letzter Ausweg die Ernennung eines neutralen Vorsitzenden.

Außer am Vorsitz hat Deutschland auch an der Zusammenfassung der Kommission ein berechtigtes Interesse. Für deutschfeindliche Elemente und für Leute, die Deutschland beim besten Willen nicht gerecht werden können, darf in der Saarkommission kein Platz mehr sein. Das betrifft besonders den Belgier Lambert, der in seiner früheren Tätigkeit als Militärattaché in Paris jede Unparteilichkeit eingebüßt hat.

Was die Frage der französischen Besatzungstruppen im Saargebiet betrifft, ist der Streit darum nicht mehr neu. Denn die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet ist im Versailler Vertrag nicht vorgesehen! Der Völkerbund hat sich deshalb schon wiederholt für die Zurücknahme der Truppen ausgesprochen, ohne seinen Beschluß bisher verwirklichen zu können. Eine weitere Verschleppung kann nicht mehr geduldet werden! Die Franzosen haben nun ein Kompromiß erlassen, das Deutschland nicht gerecht wird. Sie wollen die Besatzungstruppen zurückziehen — und die Hälfte als „internationales Bahnschutzkorps“ wieder zurückkehren lassen! Deutschland protestiert gegen eine solche „Lösung“. Selbst wenn ein Bahnschutz für notwendig gehalten werden sollte, kann es sich hierbei aber keinesfalls um eine Truppe von 800 Mann handeln! Nach den Erfahrungen im Ruhrgebiet müssen vielmehr 80—100 Mann als ausreichend erachtet werden!

Im Mittelpunkt der ostoberösterreichischen Fragen steht die Schulbeschwerde des deutschen Volksbundes in Kattowitz. Hierbei handelt es sich um folgendes: Das zwischen Deutschland und Polen geschlossene Genfer Abkommen verpflichtet beide Teile auf Antrag zur Einrichtung von Minderheitsschulen. Während Deutschland dieser Verpflichtung reiflos nachgekommen ist, hat Polen von 40 000 deutschen Anträgen nur knapp die Hälfte berücksichtigt! Der oberösterreichische Wojwode Grajnski, der jetzt mit der polnischen Delegation nach Genf reist, hat nicht nur Anträge polnisch sprechender Eltern abgelehnt, sondern sogar 7 000 Anträge deutscher Eltern unberücksichtigt gelassen.

Damit hat Polen das Genfer Abkommen gründlich verletzt. Nach diesem Vertrag muß sämtlichen Anträgen stattgegeben werden, ohne daß vor der Genehmigung erst lange nach der Rationalität oder der Umgangssprache geachtet werden darf. Präsident Caloum der von der Gemischten Kommission hat diese Auffassung ausdrücklich anerkannt und die polnischen Maßnahmen für vertragswidrig und rechtsungültig erklärt. Da Polen trotzdem hartnäckig an seiner gegenwärtigen Auffassung festhält, hat der Deutsche Volksbund sich beschwerdend an den Völkerbundsrat gewandt, der sich durch den Norweger Colban vor

einigen Wochen an Ort und Stelle über die Schulverhältnisse unterrichtet und nun das letzte Wort zu sprechen hat.

Oberösterreich hat vom Völkerbund bisher wenig Gutes erfahren. Umso mehr Veranlassung für den Rat, Ostoberösterreich im Kampf um seine deutsche Schule Gerechtigkeit widerfahren zu lassen! Wir hoffen deshalb, daß auch der Rat mit derselben Entschiedenheit wie seinerzeit Präsident Caloum die polnischen Gewaltmethoden in der Schulfrage zurückweisen und die Beachtung des Genfer Abkommens erzwingen wird.

Selbstverständlich wird die Genfer Tagung sich nicht nur auf die offiziellen Verhandlungsgegenstände beschränken. Mit Briand wird noch über die Räumungsfrage zu sprechen sein, mit dem polnischen Außenminister Jaleski über die Frage des Wiederfassungsrechtes, von deren Lösung die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen abhängt und in der gegenwärtig nach einer Einigungsformel gesucht wird.

Frankreich baut Festungen.

7 Milliarden Franken für Rüstungen.
Während die Außenminister der Mächte zur Genfer Märztagung rufen und die Mittelalter der in

wenigen Tagen zusammentretenden vorbereitenden Abrüstungskommission Friedensreden ausarbeiten, überläßt der französische Kriegsminister Painlevé — ein linksstehender Politiker — die Öffentlichkeit mit einer Verteidigungsvorlage.

Es handelt sich um eine wichtige Gesetzesvorlage, die weit über Frankreichs Grenzen hinaus Aufsehen erregt hat und die von der Kammer

nach vor den Osterferien

verabschiedet werden soll. Zweck der Vorlage ist einmal die Organisierung der französischen Nation für den Kriegsfall als „Volk in Waffen“, zum andern die Ausbesserung der deutsch-französischen Grenze mit einem Wall von Festungen. Die Kosten dafür werden auf 7 bis 10 Milliarden Franken veranschlagt, die, in Goldmark umgerechnet, einen Betrag von vielen hundert Millionen ausmachen.

Painlevé leitete die Beratung der Vorlage, die am Dienstag ihren Anfang nahm, mit einer Erklärung ein, die er einem Journalisten gewährte und die den Eindruck der Rüstungsvorlage durch friedliche Versicherungen abschwächen sollte. Der Minister begann seine Ausführungen mit einem Hinweis auf Frankreichs ungünstige geographische Lage und mit einem Bekenntnis zur Locarnopolitik. Dann fuhr er fort:

Zwischen meiner Pflicht als Kriegsminister und der von Briand so hartnäckig verfolgten Friedenspolitik besteht kein Widerspruch. Frankreich muß sich schümen, um besser der Sache des Friedens dienen zu können. Ein Frankreich das unfähig wäre, einem Einfall erfolgreich Widerstand zu leisten, würde für die bösen Mächte, die die alte Welt beunruhigen, die gefährlichste Versuchung sein. „Man darf jedoch“, so schloß Painlevé, „hieraus nicht auf einen Angriffs-Gedanken schließen; Frankreich will in keiner Weise die moralische Abrüstung Europas verzögern. Frankreich will Frieden für sich und für ganz Europa. Die Arbeiten werden im großen Stil im Monat Juli beginnen und viele Jahre in Anspruch nehmen. Die ganze Befestigung der Grenze ist nichts als eine Sicherheitsprämie gegen das Risiko des Krieges. Was wir tun, ist daselbe, wie das, was ein Mensch tut, wenn er nachts seine Haustür abschließt.“

Wenn es sich so verhält, dann wird man schließlich auch Deutschland gestatten müssen, seine „Haustür“ zuzuschließen. Alles in allem ist die französische Rüstungsvorlage wenig geeignet, den Frieden zu fördern. Es wird etwas zu reichlich zur Sicherung des Friedens gerüstet! Soviel Eifer ist verdächtig. Die französische Rüstungsvorlage zeigt aber auch, daß die Verschärfung des Locarnovertrags in Frankreich abnimmt. Frankreich bekennt sich damit zu der nicht mehr neuen These, daß der vorgeleitete Räumung der Rheinlande ein Ausbau der Festungen vorhergehen muß — eine Entwicklung, die Deutschlands ernste Aufmerksamkeit erfordert.

Das Schicksal der Abrüstungskonferenz.

Kundgebung der Vereinigung für den Frieden.

Zur gleichen Stunde, in der die Pariser Kammer über die neue Rüstungsvorlage verhandelte, veranstalteten die französischen Vereinigungen für den Frieden eine Kundgebung, um das Werk, den Geist und den Frieden von Locarno zu feiern und dadurch auch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Der französische Völkerbundsdelegierte Paul-Boncour erklärte: Die Märztagung der Abrüstungskommission wird über das Schicksal der geplanten Konferenz entscheiden. Kommt sie zustande, so kann das Versprechen der allgemeinen Abrüstung, das den besiegten Nationen gegeben wurde, gehalten werden. Weiter kam noch ein Vertreter des britischen Nationalrats zur Behinderung von Kriegen zu Wort, der zum Ausdruck brachte, welche große Bedeutung die Politik von Locarno, vor allem aber der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund für die Befriedung Europas habe.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. März 1927.

— Die deutschen Großindustriellen Thyssen und Böhler sind von Mussolini empfangen worden.

— Der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch, wird am heutigen Donnerstag von der Riviera nach Frankreich zurückkehren.

— Der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrats tritt am 8. März im Reichsverkehrsministerium zu einer Sitzung zusammen, in der die beabsichtigte Einführung ermäßigter Kohlenpreise von deutschen Kohlenbezirken nach Berlin beraten wird.

— Reichspräsident von Hindenburg gab zu Ehren der Reichsregierung ein Essen, an dem zahlreiche Minister u. a. Persönlichkeiten teilnahmen.

:: **Festvorlesung zur Eröffnung des Carnegie-Lehrstuhles.** Anlässlich der Eröffnung des Carnegie-Lehrstuhles an der Deutschen Hochschule für Politik fand eine Festvorlesung statt, die mit einer Ansprache des Reichsgerichtspräsidenten Prof. Dr. Simons eingeleitet wurde. Unter den Gästen bemerkte man Reichskanzler Dr. Marx, den preussischen Ministerpräsidenten Brauns, sowie zahlreiche jetzige und frühere Minister, Parlamentarier u. a. Persönlichkeiten. Als erster Inhaber des Lehrstuhles nahm Prof. James Shotwell das Wort zu einer interessanten Vorlesung.

:: **Beischließung der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.** Nachdem die erste Fühlungnahme zwischen der deutschen und der französischen Handelsvertragsdelegation stattgefunden hatte, sind die beiden Delegationen sofort in die sachliche Arbeit eingetreten, um gemäß einem beiderseitigen Wunsch eine beschleunigte Prüfung der Grundfragen des zur Verhandlung stehenden Vertrages vorzunehmen.

:: **Drei Monate Gefängnis wegen Ministerbeleidigung.** Das Große Schöffengericht in Erfurt verurteilte wegen öffentlicher schwerer Beleidigung des Ministers Dr. Stresemann den Gutsbesitzer Graefe aus Walsleben bei Erfurt zu drei Monaten Gefängnis. Graefe hatte den Minister in einer öffentlichen Versammlung beschuldigt, das deutsche Volk verraten zu haben.

:: **Gegen das Verbotswesen für die Fremdenlegation.** Die böhmische Fraktion hat im Landtag wegen

der Verhaftung der beiden tschechischen Genarmementmandanten durch die französischen Besatzungsbehörden eine Anfrage an die Regierung eingebracht, in der u. a. darauf verwiesen wird, daß in der letzten Zeit mehrfach Transporte junger Leute aus dem rechtsösterreichischen Gebiet über die Pfalz nach Frankreich für die Fremdenlegation stattgefunden haben.

Rundschau im Auslande.

† Die österreichische Bundesregierung hat den Nationalrat aufgelöst und die Neuwahlen auf den 24. April anberaumt.

† Der Militäranschuß des polnischen Landtags lehnte einen sozialdemokratischen Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit mit großer Mehrheit ab.

† Der tschechische Präsident Masaryk wird als erster Staatsoberhaupt dem Völkerbund während seiner Tagung einen Besuch abstatten.

† Die liberale Fraktion des englischen Unterhauses beschloß, am heutigen Donnerstag im Parlament die englisch-russischen Beziehungen erneut zur Sprache zu bringen.

Ausbruchsvorwurf chinesischer Reuterer.

† Vier zum Tode verurteilte chinesische Seeleute, die an einer Reutererei beteiligt gewesen waren, unternahmen einen Ausbruchsvorwurf aus dem Gefängnis in Hongkong. Sie verlegten dabei durch Revolvergeschüsse zwei europäische und einen indischen Gefängniswärter. Nach der Wiedererrettung der Ausbrecher wurden zwei am nächsten Tage hingerichtet.

Friedensverhandlungen in Nicaragua.

† Zwei Liberale und ein Unabhängiger haben sich mit der Genehmigung des Präsidenten Diaz zum Oberkommandierenden der liberalen Truppen begeben, um ihn zu ersuchen, den Kampf zugunsten Sacolas aufzugeben. Wenn ihre Vermittlung angenommen wird, werden die Vereinigten Staaten sich verpflichten, für freie Wahlen und für die Wohlfahrt des Landes zu sorgen.

† In Belgrad hat die Regierung eine Konferenz mit sämtlichen Oppositionsführern abgehalten, woraus geschlossen wird, daß wichtige Entscheidungen in der äußeren Politik Südbanwens bevorstehen die die Regierung nicht ohne vorherige Unterrichtung der Opposition durchzuführen will. Man glaubt, daß es sich um die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland handelt.

Ranton verlegt die Schlachtfront.

Die Schantungstruppen sollen abgeschnitten werden.

Nach einer Meldung aus Schanghai haben die Nordtruppen anscheinend beschlossen, die Schlachtfront aus dem Gebiet von Schanghai nach der Westküste des Taiho-Sees, ungefähr 150 Kilometer westlich von Schanghai, zu verlegen. Die Strategie der Nantonsen beruht jetzt anscheinend auf dem Plan, einen plötzlichen Vorstoß in Richtung Nanjing, nördlich Schanghai, zu unternehmen, um die Nordtruppen von ihrem Stützpunkt in der Provinz Schantung abzuschneiden. Einen ähnlichen Plan versuchen die Nordtruppen von Nanjing aus, in der Hoffnung, die Nantonsen zur Räumung von Schanghai, der Hauptstadt der Provinz Tschekiang, zu zwingen.

Ausländische militärische Beobachter glauben, die Folge der neuen Bewegungen werde sein, Schanghai für einige Zeit von der Gefahr eines unmittelbaren Angriffes zu befreien. — In Schanghai selbst nehmen die englischen Truppenlandungen ihren Fortgang. Neben anderen Truppen sind in den letzten Tagen auch zwei Bataillone schwerer Artillerie gelandet worden. Eine Nachricht aus Peking meldet die Umzingelung des Generals Wupeifu von Truppen Tschangtschins, doch entbehrt diese Nachricht noch der Bestätigung.

Ein General mit seinem Stabe desertiert.

Sungs Truppen wollen nicht mehr kämpfen.
General Mengtschanghuch, einer der führenden Generale Suntschuanfangs, der diesem bereits früher viele Schwierigkeiten bereitet hat, ist mit seinem ganzen Stabe desertiert, nachdem er sich geweiigert hatte, an der Seite der Schantungstruppen zu kämpfen. Er hatte eine Division befehligt und es ist noch nicht bekannt, welche Haltung die führerlosen Mannschaften einnehmen werden. Der Oberbefehlshaber der Schantungstruppen hat darauf den Rest der Armee Sung — 24 000 Mann — sofort aus der Front zurückgezogen und sie durch Schantungstruppen ersetzt. General Tschang Sung Tschang ist nunmehr Oberbefehlshaber über alle Streitkräfte, die den Weg nach Schanghai verteidigen.

Aus dem Jürgens-Prozess.

Die Darlehen der Frau Jürgens.
Im weiteren Verlauf des Berliner Jürgens-Prozesses wurden weitere Zeugen für die zur Anklage stehenden Kreditwindelungen und übrigen Stargarder Fälle vernommen. Landgerichtsrat Joachim Stargard hat der Angeklagten zwei Darlehen, zu 500 und zu 250 Mark, gegeben und das Geld später wieder zurückerhalten. Von Frau Jürgens sind ihr verfahren wurde. Auch die übrigen Zeugen sagten zum großen Teile günstig für die Angeklagte aus. Zwei Zeugen freilich, die der Angeklagten Beträge von 200 und 300 Mark gegeben haben, sind bis heute noch nicht in den Besitz ihres Guthabens gekommen.
Eine Modistin aus Stargard, die zeitweise an Frau Jürgens eine Forderung von 700 bis 800 Mark hatte, das Geld später auch bekam, erklärte, daß der Modebedarf der Angeklagten das Maß des Ueblichen nicht überstiegen habe.

Weiter kamen die Geschäftsbeziehungen der Frau Jürgens zu einem Bankhaus in Stargard zur Sprache. Als Sicherheit für Kredite wurden von der Angeklagten bei dem Bankhaus Silberfachen und mehrere Gemälde im Safe deponiert. Es entspann sich hierbei eine lebhafte und zuweilen auch recht heitere Aus-